

Bezugspreis:
Bretterjährlich
durch Posten 3,40 M.
Bei den Botenhalt-
stellen (Postgebühren)
3 M.
Verkauft täglich mit Aus-
nahme der Sonn- und
Feiertage.
Druck und Verlag
von G. Chr. Sommer,
Bad Gms.

Gmsfer Zeitung



(Kreis-Anzeiger)

(Bahn-Vote)

(Kreis-Zeitung)

Preise der Anzeigen:
Die einseitige Kleinzeile
oder deren Raum 30 Bl.
Reklamezeile 90 Bl.
Schriftleitung und
Geschäftsstelle:
Bad Gms, Altmühlstr. 94.
Fernsprecher Nr. 7.
Verantwortlich für die
Schriftleitung:
Rich. Hein, Bad Gms.

verbunden mit dem „Amtlichen Kreisblatt“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 253

Bad Gms, Montag, den 3. November 1919

71 Jahrgang

Die Verteidigung Bethmann Hollwegs.

Nach der Rede des Abg. Warmuth, der den Vorsitz im Untersuchungsausschuss führt, ergriff der frühere Reichskanzler das Wort: Nachdem wir schon in der ersten Periode, die der Berichterstatter umgrenzt hat, durch allgemeine Behauptungen über Friedensmöglichkeiten der amerikanischen Regierung dokumentiert hatten, daß wir zu Verhandlungen bereit waren, hat mit dem Beginn der zweiten Periode eine Aktion von uns mit dem Ziel eingeleitet, daß der Präsident Wilson einen Friedensappell an die Kriegführenden richten möge. Der Berichterstatter hat es als einen Kernpunkt bezeichnet, aufzuklären, ob und warum es gerechtfertigt war, daß wir ein eigenes Friedensangebot machten, obwohl wir wußten, daß Wilson einen Friedensappell an den Verband richten würde. Hinter dieser Hauptfrage steht unverkennbar die Vorstellung, daß wir unser Friedensangebot die Friedensaktion Wilsons nicht und gefährdet hätten. Demgegenüber betone ich: Der Friedensappell, den Wilson erlassen wollte und dessen bevorstehenden Erlaß Bernstorff in Aussicht stellte, ist in der Friedensnote Wilsons vom 18. Dezember enthalten. Es ist nicht diese Note vom 18. November, die wir noch kein eigenes Friedensangebot gemacht, und Wilson wußte noch nicht, daß wir diese Absicht hatten. Der klare und unabweisbare Schluß ist, daß unser Friedensangebot weder den Präsidenten von seiner Friedensaktion abhalten noch ihn beeinflussen hat. Ist Wilson darüber veranlaßt gewesen, daß wir seinen Friedensschritt nicht abgelehnt haben, so steht fest, daß er seiner Veranlassung keinen Einfluß auf sein Handeln eingeräumt hat. Hiernach kann, wenn von einer schädlichen Wirkung unseres Friedensangebots gesprochen wird, nur gesagt werden, ob es unser Friedensangebot gewesen ist, das den Verband veranlaßt hat, die Friedensnote Wilsons vom 18. Dezember in einer Weise zu beantworten, die einer Ablehnung gleichkommt ist, und ob und wann das so war, das hätte wissen müssen und voraussetzen können. Es gibt Gründe, die für ein Abwarten auf die Friedensaktion sprechen konnten, namentlich heute, wo die Erde aufs Exemplar gemacht werden kann. Bei den Momenten, die gegen das Warten auf Wilsons Friedensangebot sprechen, kommt für mich zunächst die persönliche Seite in Frage, dann die Erfahrung, die wir mit der amerikanischen Regierung und ihrer Stellungnahme zum Verband vorher gemacht hatten, und unsere Verbindungsmöglichkeiten mit den beteiligten Staaten. Ich bin weit von der Behauptung entfernt, daß es dem Präsidenten Wilson mit der Aufstellung der Friedensaktion nicht ernst gewesen sei. Es lag aber doch für das Urteil der Berliner Zentrale eine lange Reihe von Bedenken vor, die zweifelhaft machen mußte, ob und wann wir glauben dürften, seinen Beschluß überhaupt ausführen zu können. Was die persönliche Seite anlangt, so lag uns dem Bericht des Grafen Bernstorff in seinem Charakter ein gewisser zaudernder Zug. Aber nach unserer Ansicht sind gerade Ende Dezember 1918 auch neutrale Staatsmänner im Hinblick auf die persönliche Seite der Friedensaktion ernsthaft an den Frieden denke. Wilson waren sowas die Hände gefesselt durch sein und seines Landes Verhältnis zum Verband. Freundschaftliche Gesinnung für Deutschland war er, wie Herr Clemenceau neulich feierlich im Senat behauptet hat, nicht feindlich. Graf Bernstorff hat behauptet, Wilson habe ihn unmittelbar nach unserer Zuschrift durch Oberst Douve wissen lassen, er könne gegen die völkerrechtswidrigen Seemaßnahmen Englands wegen der Nachteile für den amerikanischen Handel nichts unternehmen. Diese Mitteilung ist in zwei Beziehungen von fundamentaler Bedeutung. Einmal hatte uns Wilson wiederholt erklärt, er würde, falls wir vom unbeschränkten Unterseebootkrieg ablassen, England zur Landunterwerfung zurückbringen. Wir hätten wir durch unsere Zuschrift diese Voraussetzung genommen, und dann zeigte die Mitteilung des Obersten Douve, daß Wilson in allen seinen Handlungen gegen England gebunden war durch die Handelsbeziehungen seines Landes zu England. Das mußte seine Friedensaktion stark beschränken, und es wäre für uns müßlich und gewagt gewesen, seine Friedensaktion als sicheren Faktor in unsere Verhandlung einzustellen, selbst aber untätig zu bleiben. Wollten wir, um den Eindruck der Schwäche zu vermeiden, unser Friedensangebot zu einem Zeitpunkt machen, wo wir militärisch auf der Höhe standen, so würden wir den Moment verpassen haben, wollten wir uns darauf verlassen, welchen Zeitpunkt Wilson für sein Vorgehen wählen würde. Deshalb waren bei uns alle Vorbereitungen getroffen, unser Friedensangebot herauszulassen, als die Entscheidung des amerikanischen Feldzuges zu unseren Gunsten gefallen war. Entscheidend war unser Verkehr mit Washington durch die angloamerikanische und telegraphische Verbindung. Die Eröffnung unsers Verkehrs mit Washington bezweckte im wesentlichen auf völkerrechtlich nicht zu begründeten Forderungen Englands, die die amerikanische Regierung sich ohne weiteres gefallen ließ. Gerade in den kritischen Zeiten des Winters 1918-17 erklärte Vorkämpfer Bernard wiederholt mit einem gewissen Ton des Vorwurfs, daß er in Sachen der amerikanischen Friedensaktion nicht informiert und ohne Instruktion sei. Die Gesamtheit dieser Momente war es, die mir nicht gestattete, der Grundausfassung des Grafen Bernstorff in vollem Umfange zu folgen. Bemerkenswert erscheint mir, daß die berühmten 14 Punkte Wilsons im Januar 1918 aufgesetzt wurden, also zu einer Zeit, wo Amerika sich in voller Kriegsvorbereitung und gegenüber

befand. Ich verweise auf das Kreuzverhör Wilsons vor dem Senat. In dramatischer Zuspitzung hat der Präsident da feierlich seine Überzeugung bekundet, daß Amerika in den Krieg gezogen wäre, auch wenn unsere Leute keine Gewalttaten an amerikanischen Bürgern vorgekommen wären.
Herr v. Bethmann Hollweg kommt nunmehr zu den Gründen, die für die Veröffentlichung des Friedensangebots der Mittelmächte gerade am 12. Dezember sprechen. Der Anstoß ging von Baron Burian, der mit einem Friedensangebot die Stimmung in der Donaumonarchie zu heben hoffte. Auch für Deutschland kamen solche innerpolitischen Momente in Betracht. Eine abermalige Betonung, daß der Krieg nicht um phantastischer Ziele willen geführt würde, mußte auch innerpolitisch nützlich und nötig erscheinen. Dazu kamen auch, so fährt v. Bethmann Hollweg fort, außenpolitische Gründe für unser Friedensangebot. Ich war bei meiner ganzen Politik der Auffassung, daß der Friede nicht erreicht werden könne durch Sondierungen bei den feindlichen Regierungen, sondern nur durch Einwirkungen auf die feindlichen Völker. Ich hab' das sehr frühzeitig erkannt und es dem Kaiser gesagt, der dafür volles Verständnis hatte. Wer zumeist Reden aus jener Zeit durchliest, wird immer auf den Gedanken stoßen, daß ich bestrebt war, auf den Friedenswillen der Minderheiten in den andern Ländern zu wirken. Sie werden in den Akten der Reichskanzlei und des Auswärtigen Amtes manches Zeugnis hierfür finden, oft Zeugnisse unserer Feinde über die ihnen sehr unbehagliche Wirkung meiner Reden. Das Friedensangebot vom 12. Dezember 1918 war ein Glied in dieser Kette. Es sollte den Stein ins Rollen bringen und war dem Gedanken gewidmet, daß ein öffentliches Friedensangebot der Mittelmächte eine tiefe Wirkung bei den feindlichen Völkern nicht verfehlen würde. Der Redner schildert dann den Kabinettswechsel in England, der nach verschiedenen Stimmen eine dem Frieden geneigte Neubildung erhoffen ließ. Am 11. Dezember aber war das Kabinett Lloyd George fertig, und am 12. Dezember jung nach reiflicher Überlegung und in Uebereinstimmung mit unsern Bundesgenossen und den militärischen Stellen unser Friedensangebot hinaus. Bei unserm Friedensangebot war mit ausschlaggebend, daß im englischen Kabinett in der Friedensfrage verschiedene Strömungen miteinander rangen. Nebenlagern die Dinge in Russland, wo aus innerpolitischen Gründen das aus Rinnern der Rechten bestehende Kabinett und der Zar der Neigung zum Frieden bezüglich wurden.
Nun gebe ich zu, daß wir mit dem Friedensangebot eventuell bis nach dem Friedensschritt des Präsidenten Wilson hätten warten können. Aber abgesehen von der Unsicherheit, zu der nach den bisherigen Erfahrungen mit dem Präsidenten Wilson die Berliner Zentrale doch immerhin berechtigt war und die sich daraus gründete, daß wir nicht wußten, ob dieser Friedensschritt überhaupt erfolge und ob er noch in eine günstige militärische Lage fallen würde, war bei uns das Hauptmoment das Bestreben, auf den Friedenswillen der feindlichen Völker zu wirken. Wir glaubten, daß die Wirkung mit dem Friedensangebot vom 12. Dezember besser sein würde als bei dem Schritt des Präsidenten Wilson. Das Friedensangebot wurde von unsern Feinden einmütig abgelehnt. Das wissen wir heute, aber das wußten wir damals nicht. Wenn wir aber die Zeitungen aus der damaligen Zeit nachlesen, können wir sehen, wie unbehagen unsern Feinden das Angebot gewesen ist. Es war doch möglich, daß die Antwort der Allierten unter einem starken Druck von unten so ausfallen konnte, daß es uns möglich gewesen wäre, auch die widerstrebenden Regierungen an den Verhandlungstisch zu bringen. Eine solche Antwort hätte der politischen Leitung des Reichs die Möglichkeit gegeben, den Beschluß vom 9. Januar, der von mir für verhängnisvoll gehalten wurde, zu vermeiden. Heute ist es überaus billig und einfach, das, was eingetreten ist, als unmerkbar zu bezeichnen und das in der Geschichte Gewordene als das Wahrscheinliche hinzustellen. Im Reichstag hatte sich im Juli 1917 erstmalig eine Mehrheit für diese Politik gefunden, und ich hab' in meiner Rede im Reichstagsausschuß kurz vor meinem Sturz hervorgehoben, daß ich gegen eine Friedensentscheidung nichts einzuwenden hätte, weil sie nur die Fortentwicklung der stets von mir vertretenen Politik bedeute. Nur sollte vorher dieser Politik eine Mehrheit im Parlament und in der öffentlichen Meinung. Es ist für mich ein eigenartiges Verhängnis, daß ich durch eine Verbindung des Parlaments mit der militärischen Leitung in dem Augenblick gestürzt wurde, als sich mir zum ersten Male die Möglichkeit bot, meine Linie mit einer Mehrheit des Parlaments weiterhin wirksam zu verfolgen. Beklagt habe ich nur die Umstände, unter denen die Friedensentscheidung zustande gekommen war. Das Verhängnis der deutschen Politik in der hier zur Untersuchung stehenden Periode erblicke ich darin, daß sie trotz der ablehnenden Antwort, die uns der Verband auf unser Friedensangebot gegeben hat, der politischen Leitung die Argumente nahm, mit denen allein der verhängnisvolle Beschluß vom 9. Januar hätte vermieden werden können.
Ich fasse zusammen: Das Ob und das Was eines Wilsonschen Friedensschritts erschien der Berliner Zentrale zweifelhaft. Sie zog, um den militärischen Zeitpunkt nicht zu verpassen, und um durch eine öffentliche Aktion zu den Völkern des Verbands vorzudringen, den Weg eines öffentlichen Friedensangebots vor. Es war eine völlig eindeu-

tige Absage. Der Ton der Note war scharf und beleidigend. Die allgemeine Auffassung war die Verneinung jedes Verständigungswillens. Inzwischen hatten wir die Friedensnote Wilsons dahin beantwortet, daß wir die Anregung warm begrüßten. Eine öffentliche Diskussion der beiden eintigen Kriegsziele, bevor die Friedensbereitschaft feststand wäre eine Prozedur gewesen, die eine etwaige Verhandlungsbereitschaft vernichtet haben würde. Den Beweis dafür hat der Verband mit der Aufzählung seiner Kriegsziele bei Beantwortung der Note gegeben. Nichts war geeigneter, die Möglichkeit eines Verständigungsfriedens in weite Ferne zu rücken, als dieser Vernichtungs- und Zertrümmerungs-Katalog. Ich war erlaucht, daß Oberst Douve vorgeschlagen haben soll, daß wir ähnliche Bedingungen stellen und uns dann auf der Mittellinie einigen sollten. Das wäre nur möglich gewesen, wenn auf beiden Seiten der Entschluß, zu einer schließlichen Einigung zu kommen, feststand. Wie die Dinge lagen, hätten wir aber das Gegenteil erreicht, wenn wir in der ganzen Welt Kriegsziele proklamiert hätten, die denen des Verbandes ähnlich waren. Nun wird gefragt, warum wir uns're Bedingungen nicht vertraulich nach Washington mitgeteilt hätten. Wir sind damals nicht nach den Friedensbedingungen gefragt worden. Bernstorff gab uns als für Wilson wesentlich die allgemeinen Friedensgarantien an: Abrüstung, Schiedsgericht usw. Wir haben darauf, wie auch Wilson anerkennt, entgegenkommend geantwortet. Wir haben dabei unsere Bedingungen angedeutet. Der Vorkämpfer ist ermächtigt worden, zu sagen, daß unsere Friedensbedingungen sehr mächtig seien und sich im Gegensatz zu denen des Verbandes in durchaus vernünftigen Grenzen bewegten. Das gilt insbesondere für Belgien, das wir nicht zu annektieren wünschten. Die einschneidende Frage war für uns nicht diskutabel. Wilson ließ uns mitteilen, daß unsere Äußerungen ihm äußerst wertvoll seien. Die positiv ausgesprochene Bitte um vertrauliche Mitteilungen über die Friedensbedingungen fällt erst in die letzte Periode vor dem Bruch. Wir haben an Wilson am 29. Januar die Kriegsziele mitgeteilt, die allerdings runden im Dezember in mancher Beziehung abwichen. Sollte man nicht bis zur Erreichung bestimmter minimaler Kriegsziele unter allen Umständen weiterkämpfen, — und ich wollte das nicht, — so konnte erst in dem Augenblick, wo sich Verhandlungsmöglichkeiten darboten, nach der jeweiligen Gesamtlage über Friedensbedingungen entschieden werden und darüber, ob und auf welcher Basis man verhandeln wollte. Hätten unsere Feinde im Winter 1918-17 ernsthaft Verhandlungsbereitschaft gezeigt, dann wäre es an der Zeit gewesen, sich ein Bild von dem Erreichbaren zu machen und endgültige Entschlüsse zu fassen.
Die Situation im Januar, als der unbeschränkte Unterseebootkrieg begonnen wurde, war folgender: Die Marine möchte sich stark, England bis zur neuen Ernte Friedensbereit zu machen, wenn am 1. Februar der Unterseebootkrieg beginnen würde. Dieser Zeitpunkt war als äußerster Termin bezeichnet, wenn der Unterseebootkrieg in diesem Jahr überhaupt Erfolg haben sollte. Konnte sich England im Februar verproviantieren, dann war die Möglichkeit für dieses Jahr fast Null. Die Oberste Seeresleitung verlangte den Unterseebootkrieg mit voller Entschiedenheit als ein von der allgemeinen Kriegslage gebieterisch gefordertes Kampfmittel. Hinter der Forderung der Obersten Seeresleitung stand ein gewaltiger Teil des Volkes, das seit Jahresfrist eifrig den Glauben hatte, der Unterseebootkrieg werde uns mit aller Gewißheit den Sieg bringen. Der Wandel sah so tief und so hell, daß man mich, von dem man wußte, daß ich ihn nicht teilte, (mit erhobenem Stimme) unterirdisch mit den infamsten Verleumdungen bestrich. Der Unterseebootkrieg wurde nicht nur von der Armee und der Marine, sondern auch von der Mehrheit des Reichstags getragen. Das Zentrum hatte erklärt, daß ich zwar dem Reichstag gegenüber allein verantwortlich sei, daß aber meine Entscheidung sich wesentlich auf die Entschlüsse der Obersten Seeresleitung zu stützen habe. Falls diese Entscheidung für die Führung des schicksallosen Unterseebootkriegs ausfalle, so dürfe ich des Gunterverständnisses des Reichstags sicher sein. Der Reichstag folgte der Obersten Seeresleitung. Nachdem die Konferenzen und die National Liberalen schon vorher umbedingt dafür gewesen waren, war der parlamentarische Ring geschlossen. (Bewegung.) Von militärischer Seite ist jetzt behauptet worden, ich hätte die Oberste Seeresleitung sehr gegen ihren Willen in den Streit hineingezogen. Diese Behauptung greift sehr. Ausschlaggebend war, daß Hindenburg und Ludendorff das waren. Ich konnte aber nicht die Erfolglosigkeit des Unterseebootkrieges nachweisen. Sowohl die Führung wie die Unterlassung des Unterseebootkrieges war ein Experiment. Ich hatte auch nicht das Vertrauen, daß es Wilson gelingen würde, den Verband zur Aufgabe seiner exorbitanten Kriegsziele zu bringen. Der telegraphische Verkehr mit der Obersten Seeresleitung konnte mir keine Zweifel lassen, daß von ihrer Seite der rückichtslose Einsatz der Unterseebootnote mit größter Entschlossenheit betrieben wurde, sobald die Rede Lloyd Georges bekanntgeworden war. Das Auswärtige Amt erwiderte mit dem Ausdruck seiner ersten Bedenken, namentlich auch mit Rücksicht auf unsere bevorstehende Friedensaktion. Auf meine nicht zustimmende Antwort kam ein schroffes Telegramm des Feldmarschalls, die militärische Lage erfordere energisches Handeln zur See. Der Feldmarschall fehlte sein volles Verantwortlichkeitsgefühl ein, vor

das die politische Verantwortlichkeit des Reichskanzlers nicht treten dürfe. Demgegenüber dürfte ich nicht an der Annahme festhalten, daß noch Aussicht vorhanden sei, mit politischen Mitteln dem Frieden näher zu kommen. Ich war der Ansicht, daß der Unterseeboottkrieg auch den Krieg mit Amerika bedeuete. Hierum drehten sich die Auseinandersetzungen zwischen politischer und militärischer Leitung. Entscheidend war, daß die Oberste Heeresleitung entschlossen war, es auch mit Amerika anzunehmen. Sie ließ es auf eine Machtprobe mit der politischen Leitung ankommen. Mit dem Ausscheiden meiner Person wäre nicht das geringste geändert worden. Ich wünschte, daß man in Wien keineswegs leichten Herzens die neue Wendung des Kriegs mitmache. Mein Abgang hätte unsere Bundesgenossen in noch schwerere Zweifel gestürzt und vielleicht verhängnisvolle Differenzen herbeigeführt. Und bei uns wäre es dadurch zu einem endgültigen Akt im Vollen gekommen. Diesen zu verhindern, umstehe ich mich bemühen, um Unheil fernzuhalten. Sie wissen, wie die Phantasie des Volkes namentlich hinsichtlich der Zahl unserer Unterseeboote entzündet wurde. An die unerschütterlichen Gläubigen an die Erfolge unserer Unterseeboote klammerte sich die unglaublichste Agitation, stand doch die ganze Autorität der Marine hinter diesen Erfolgen, die den Stolz des Volkes bildeten. Dazu wirkte die Ansicht des Großadmirals v. Tirpitz, daß der Unterseeboottkrieg schleunigst einsetzen müsse. Meine wiederholten Berichtigungen über die phantastischen Unterseebootzahlen konnten nicht öffentlich gegeben werden. So konnten sie auch nicht auf das Volksleben einwirken. Wir durften unsere relative Schwäche nicht enthüllen, und die Macht der militärischen Zensur unterließ es, diese Agitationen zu hindern. Gegen Amerika bestand im Vollen, namentlich wegen der Waffen- und Munitionslieferungen, große Antipathie. Meine Warnungen, Amerika als Machtfaktor nicht zu unterschätzen, blieben unberücksichtigt. Zeitweise gelang es mir, einen Mäßigung der Agitation zu erzielen, aber die Hypnose, die durch das Vertrauen zum Unterseeboottkrieg entstanden war, war ein stärkeres Argument. Diese Hypnose war eine Verurteilung am Volke. Die Entscheidung, ob der Unterseeboottkrieg gemacht oder unterlassen werden sollte, war so verhängnisvoll, daß keine Volkseinstimmigkeit auf sie einwirken dürfen. Das Gegenteil ist geschehen. Vielleicht ist dem militärischen Übergewicht nicht rechtzeitig und genug Widerstand geleistet worden, vielleicht hätte ein Mann von der Qualität und Autorität eines Bismarcks die Fähigkeit besessen, auch in solcher Lage die Einheitlichkeit der Führung zu erzielen. Nach unserm namenlosen Zusammenbruch, der nur möglich gewesen ist, weil wir alle gesündigt haben, übernehme ich es nicht, die Schuld auf andre abzuwälzen, aber ich muß doch die Tatsache feststellen: Als Hindenburg mit Ludendorff an die Spitze der Heeresleitung berufen wurde, stand für das bürgerliche Deutschland fest, daß ihnen die Entscheidung zustehe, wie der Krieg geführt und beendet werden sollte. Es stand fest, daß die politische Leitung sich ihnen zu fügen habe. Der Reichstag, von dem Parlament des größten Einzelstaats ganz zu schweigen, unterwarf sich in seiner Mehrheit von vornherein dem künftigen Botum der Obersten Heeresleitung. In dem offenen geführten Kampf gegen die Autorität des Reichskanzlers fehlte es da an allem Gegengewicht. Einen innern Kampf hätte ich wohl entfesseln können, dieser hätte aber nichts weiter erreichen können, als einen noch tieferen Akt durch das Volk zu ziehen. Es muß doch ausgebrochen werden, daß die Mehrheit des deutschen Volkes und seiner politischen Vertretung (mit stark erhobener Stimme) das Übergewicht der militärischen Leitung gewollt haben. Die Untertänigkeit unserer politischen Zustände ist uns zum Fluch geworden. Auch hier liegt ein Verhängnis vor, aber vielleicht auch eine Kollektivschuld. Kommardieren läßt sich die Parlamentarisierung nicht, auch wo sie gewollt ist. Sie entwickelt sich mit der politischen Reife des Volkes. Wer die historische Wahrheit, und zwar die große wesentliche Wahrheit und nicht einzelne Tatsachen, feststellen will, der wird weder diejenigen, die die Widerstände nicht zu beseitigen vermochten, noch die Träger dieser Widerstände anklagen können, ohne die aus der Geschichte des deutschen Volkes und seiner politischen Parteien entstandene Mentalität zu berücksichtigen. Dies zu sagen, wird mir erlaubt sein mit Rücksicht auf die großen Komplikationen dieses Weltkriegs, die auf mich eingestürzt sind. Uns wurde entgegengehalten, der Verband sei völlig unschuldig am Kriege, wir seien die allein Schuldigen. Dagegen protestieren wir; wir wollten genau so behandelt werden, wie der Verband. Der Verband erwartete, daß Wilson sich ihren Anschauungen anschließen, wir seien keine gleichberechtigte Partei, sondern der zu bestrafende Angeklagte, das heißt mit andern Worten die Friedensvermittlung wird von vornherein partiell sein. Die Stellung Wilsons war in der Kongressbotschaft bekundet dahin, daß die Friedensaktion vermittelt werden sollte. Zu den Bedingungen gehörte auch die Schaffung eines unabhängigen selbständigen Polens mit einem Korridor zum Meere. Ueber die Bedeutung der polnischen Frage hatte die amerikanische Regierung kein lazes Bild, wie Graf Bernstorff beständig hat. Nach der Ansicht des Botschafters hatte Wilson von da an auch keine Neigung mehr, als Friedensvermittler aufzutreten und den Forderungen des Verbandes gegenüber Stellung zu nehmen. Endlich, am 28. Januar, kam die Depesche Bernstorffs, wonach Wilson jetzt den Frieden vermitteln wolle und ihn erhoffe. Er hätte deshalb trotz aller Skepsis den Unterseeboottkrieg anzuschließen. Diefes Verlangen wurde vom Admiralsstab abgewiesen. Dies ist unumstößlich sei, die bereits ausgefahrenen Unterseeboote zurückzubehalten. Es blieb mir nichts übrig, als Wilson unsere Friedensbedingungen mitzuteilen und das Aufgeben des Unterseeboottkriegs zuzusagen, sobald es dem Präsidenten gelänge, eine entsprechende Grundlage für die Friedensbedingungen zu erzielen.

Darauf tritt der Unterstaatssekretär in die Mittagspause ein. Die Beratung wird um 4 Uhr fortgesetzt.

In der Nachmittags Sitzung wurde v. Bethmann Hollweg in ein Kreuzverhör genommen. Er erklärte aber bei einer ganzen Reihe von Fragen, er könne unter Zugeneid erst nach genauerer Durchsicht der Akten und Mitsprache mit seinen Mitarbeitern darauf antworten. Im übrigen bestätigte er seine Ausführungen in der Vormittags Sitzung und erläuterte noch dies und jenes. Fragen, die nicht seine eigene Tätigkeit oder Anschauung betrafen, lehnte er mit der Bitte, die betreffenden Personen selbst zu fragen, ab. Als der Abg. Singheimer den früheren Kanzler fragte, weshalb er nicht durch rücksichtslose Aufklärung das Volk für seine Politik gegenüber den Forderungen des Generals Ludendorff zu gewinnen versucht habe, antwortet v. Bethmann Hollweg (mit Nachdruck): Pessimist bin ich nicht gewesen. Das will ich ausdrücklich feststellen, um nicht durch die Feststellung des Herrn Berichterstatters hinsichtlich meiner Auffassung einer falschen Beurteilung zu verfallen. Ich habe vom ersten Tage an die Lage ernst, sehr, sehr ernst aufgefaßt. Ernst und Pessimismus sind aber zwei ganz verschiedene Dinge. Nun kommt wieder die Frage, warum ich das Volk nicht über den Ernst der Lage voll aufgeklärt hätte. Ja, ist es denn unbekannt, daß ich von den Parteien, von der öffentlichen Meinung gerade um bedenklichen die schärfste Opposition zu erdulden gehabt habe? Diesen Herren Herren des Reichstages, mit denen ich vertraulich über die Sache gesprochen habe, werden sich entsinnen, daß ich ihnen nie ein rosiges Bild vorgeführt habe, niemals. Der verstorbene Abgeordnete Baffermann hat sich einmal darüber beklagt, wenn er persönlich beim Reichskanzler gewesen sei, dann komme er immer so ernst heraus. Hätte ich im Reichstag den Pessimismus vertreten, dann wären wir sofort zusammengebrochen. Da mußte ich den Mut aufrechterhalten. Das war meine Pflicht gegenüber dem Volk, gegenüber der Armee. Ich bitte, meine Reden darüber nachzulesen. Obwohl ich selbstbewußte und zuverlässige Worte gesprochen habe, goldene Bege habe ich niemals vor dem deutschen Volke ausgerichtet.

Der Umbau des Auswärtigen Amtes.

Von Dr. Herchel, Mitglied der Nationalversammlung.

Upl. Von den Reichsministerien sind heute wohl das für Wiederaufbau und für Auswärtiges die wichtigsten. Letzteres soll unsere zerstörten Beziehungen zum größten Teil der Welt wieder aufrichten. Dazu bedarf es neuer Maßnahmen und neuer Männer. Zunächst einer gründlichen Umformung. Bisher arbeiteten die politische, handelspolitische, Rechts- und Presseabteilung oft aneinander vorbei, oft sogar gegeneinander. Die einheitliche Leitung will man durch regionale Leitung in sechs Ländergruppen ersetzen, die nach handelspolitischen Gesichtspunkten zusammengefaßt sind, weil der Schwerpunkt der Völkerbeziehungen noch mehr als früher im Wirtschaftsleben liegt. Rechts- und Presseabteilung sind verkleinert und auf ihre Zuständigkeit beschränkt. Die Kontrolle des Auswärtigen Amtes erfolgt verfassungsmäßig dauernd durch den ständigen Ausschuss der Nationalversammlung für Auswärtiges. Er behandelt die aktuellen politischen Fragen in vertraulichen Sitzungen, die auch unter der neuen Ordnung nicht entfallen werden können. Die etatsrechtlichen unterliegen nur für ich dem Haushaltsausschuss wie die aller anderen Ministerien.

Von höchster Bedeutung ist die Personenfrage. Wir brauchen Vertreter im Auslande mit offenem Blick, die geduldig mit Menschen verkehren können, Rechtschaffenheit richtig würdigen und wahrheitsgemäß berichten. Die Pflege der politischen und Handelsbeziehungen wird nach dem verlorenen Kriege nicht leicht sein. Auch hier soll freie Bahn für den Tüchtigen sein, doch nicht für den nur Gesinnungstüchtigen. Sachliche Eignung muß allein entscheiden, nicht parteipolitische Zugehörigkeit. Auch unter dem parlamentarischen System. Gerade unter diesem. Der Aufwandsbedarf darf nicht mehr ein Vorrecht weniger vermöglicher Kreise sein. Gesellschaftliche Repräsentation. Luxus und Glanz sind nicht die Hauptsache, wenn auch die würdige Vertretung des Reichs gewährleistet sein muß. Wir brauchen vor allem Charaktere, die der Beeinflussung durch deutsche Privatinteressen unzugänglich sind, natürlich noch mehr der Fremder, besonders in dieser finanziell schweren Zeit. Die Frage der Sekret von Ausländerinnen sollte nicht leicht genommen werden. Bei aller Sparsamkeit erscheint ausdauernde Bezahlung als die beste Sicherung dagegen.

Man will nunmehr die Trennung zwischen Diplomatie und Konsulardienst aufheben. Dann wird gemeinsame Vorbildung für beide Laufbahnen nötig sein. Die Rücksicht auf das Ausland, das noch scharf zwischen beiden unterscheidet, ist nicht außer acht zu lassen. Auch danach sollte man prüfen, ob es künftig möglich sein wird, Gesandtschaft und Generalkonsulat mit einer Person zu besetzen. Zum Studium der Arbeiterverhältnisse des Auslandes will man Sozialatlassen dorthin senden, zunächst aus dem Arbeiterstande. Schweden unterhält einen solchen für Deutschland und die Schweiz bereits in Berlin.

Es sehr man Gesinnungsschnüffler verwerfen mag, so selbstverständlich erscheint doch, daß als Auslandsvertreter nur in Betracht kommen kann, wer sich vorher aktiv auf den Boden der Verfassung stellt, mag er innerlich auch mehr der einen als der anderen Staatsform zuneigen.

Der St. Stuhl ist die dritte der erwähnten sechs Mächtegruppen zugezählt, die u. a. Frankreich, Belgien und die Schweiz umfaßt. Eine Reichsloshschaft am Vatikan empfiehlt sich. Hat doch das kleine Portugal eine solche und nicht nur eine Gesandtschaft dort. Vorläufig sollen Bayern und Preußen im Reichsrat dem Plane entgegen, weil sie ihre Sondergesandtschaften besetzen wollen. Nach der Verfassung aber sind die auswärtigen Angelegenheiten Reichssache. Deshalb müßten auch die einzelnen deutschen Länder ein etwa-

ges Vorfahren fremder Mächte nach Sonderbestimmungen bei ihnen von vornherein zurückerhalten. In dem deutschen Einheitsgedanken zuwiderlaufen schwer schaden können.

Möge der neuen Diplomatie ein glücklicher Leuchten als der alten. Sie muß durch Geist und uns an Macht gebracht. Möge es ihr gelingen.

Der Reichshaushalt.

Die Reichshaushaltsabrechnung für 1918 zeigt Zahlen auf: Der ordentliche Haushalt balanciert in und Ausgabe mit 9 612 914 000 Mark, während der außerordentliche Haushalt mit einer Einnahme von 67 468 282 Mark einer Ausgabe von 69 997 138 000 Mark, also mit einer Ausgabe von 2 529 Millionen abschließt. Der außerordentliche Haushalt hätte mit einem Selbstbetrag von 419 Millionen ausfallen, wenn nicht Deckung aus der außerordentlichen Einnahme von 1916 möglich gewesen wäre. Diese ergab 679,8 Millionen. Die Einnahmen an Zöllen, Steuern und Abgaben übersteigen mit 2 875 Millionen Mark angesetzten neuen Steuern, aber ausschließlich der erwähnten 759,8 Millionen geben einen Ausfall von 678 Millionen. Die Ausgabe von 1918 ist mit dem vollen Voranschlag abgegangen. Der Selbstbetrag ist im laufenden Jahr nur eingegangen, sondern durch Einnahme bis August 1919 von 2875 Millionen angesetzten neuen Kriegsteuern 2 309 Millionen ein, also 566 Millionen weniger. allgemeinen Finanzverwaltung sind an Reichsbank Anteil am Reingewinn der Reichsbank 374 Millionen Ueberschuß der Darlehnskasse 495 Millionen zu verzeichnen, so daß unter Berücksichtigung der Kriegsausgaben von Einnahmen an Steuern, Abgaben usw. insgesamt von 791 Millionen erbracht. Die früheren Ueberschüsse schnitten schlecht ab. Sie ergaben statt des vollen Ueberschusses von 81,9 Millionen eine Zuschuß des Reiches von 561 Millionen. Bei den Ausgaben im ordentlichen Haushalt eine Mehrausgabe von 1 617 Millionen gegen den Voranschlag. Die Ausgaben für den Verordnungsgebühren werden wie bisher aus dem Fonds besrillten. Die Verzinsung verursachte eine Ausgabe von 308 Millionen, für die Reichsanleihe 1728 Millionen, für die kurzfristige Schuld 2 376 Millionen vorgezogen waren. Der außerordentliche Etat schließt Einnahme mit einem Mehr von 169,3 Millionen ab, Ausgabe mit einem Mehr von 2 589,1 Millionen ab. Der Selbstbetrag der Ausgabe 36 884 Millionen, während im Rest stehen. Dieser Gesamtausgabe stehen aus dem Voranschlag und Restbetrag 67 468 Millionen gegenüber. Mehrausgabe beträgt also 3 228 Millionen. Sie fallen auf den 15. April gejagt werden soll. Im Gesamtjahr 1919 schließt der ordentliche Etat in Einnahme mit 15 310 Millionen ab. Bei der Einnahme aus den Steuern sind 13 202 Millionen veranschlagt, wovon 10 Millionen aus neuen Steuern erwartet werden. Die Ausgaben sind mit 18 318 veranschlagt und die Ausgaben Verzinsung der Reichsschuld mit 8817 Millionen gegenüberordentliche Haushalt schließt in Einnahme mit 41 314 Millionen ab. Hervorzubringen sind die Ausgaben des Krieges und der Demobilisierung mit 17 000 Millionen, zur Abwicklung der Angelegenheiten des alten Reichsheeres und der alten Marine 3 630 Millionen Beiträge für heimkehrende Kriegs- und Zivilgefangenen 1 000 Millionen, für Wiederherstellung der Familienunterstützung 1 000 Millionen. Beim Reichswirtschaftsministerium sind die Kosten in der Ausgabe von 3 500 Millionen für die Bekämpfung der Lebensmittel. Auf die beim außerordentlichen Haushalt insgesamt angeforderten 41 140 Millionen sind durch das Gesetz Kreditbewilligungen bereits in Höhe von 24 000 Millionen erteilt, so daß noch für 8 861 Millionen solche bewilligt sind. Der Gesamthaushalt für 1919 schließt in Einnahme mit 57 470 Millionen ab, das ist gegen den Voranschlag für 1918 ein Weniger von 21,5 Milliarden.

Industrie, Handel und Gewerbe.

Der Hanja-Bund in Frankfurt a. M. hat seinen Tätigkeitsbereich wesentlich erweitert und ist nunmehr der Landesverband des Süd-West gebietes, der außer den bisherigen Provinzen Hessen und Nassau nunmehr auch Baden, Württemberg und Pfalz umfaßt wird. Damit ist die gesamte Grenzlandschaft West auf etwa 200 Ortsgruppen mit rund 240 000 Mitgliedern angewachsen und stellt heute die stärkste Organisation des Landesbereiches dar. Den Vorsitz führt: W. Hohenemser, die Geschäftsleitung liegt in den Händen des Generalsekretärs Richard Baum, Frankfurt a. M. Geschäftsstelle befindet sich wie bisher im Reichshaus. Der Hanja-Bund hat seine Richtlinien neuerdings in einem Programm des Präsidiums überarbeitet und stellt jetzt den Zweck des deutschen Unternehmens und seiner beruflichen Tätigkeit in Handel, Industrie, Handwerk und Gewerbe dar und deren Zusammenfassung der zerstückelten Kräfte in den Hochverbänden die Wahrung der staatsbürgerlichen Interessen, die Gleichberechtigung des erwerbstätigen Mannes sowie den Schutz der Wirtschaft gegen Sozialismus, Kommunismus und Staats- und Monopolzwang. Im Programm des Landesverbandes Süd-West werden im Laufe des Jahres weitere Vorträge stattfinden, die sich auf die Durchführungsprogramme erstrecken. Unter anderem ist auch die Teilnahme an der Frühjahrsmesse in Frankfurt a. M. vorgesehen. Der Hanja-Bund des Wirtschaftsgebietes hier abgehalten werden wird der Hanja-Bund zu den nächsten Wahlen in der Nationalversammlung bereits in den kommenden Monaten teilnehmen.

Was verbürgt der Name OSRAM-AZO?



Sonnenweisses Licht. Festen Leuchtdraht. Lange Lebensdauer. Grosse Stromersparnis.

Letzte Nachrichten.

Heimkehr aus Frankreich und Belgien.

Dz Berlin, 2. November. Die schweizerische Gesandtschaft in Paris berichtet, daß nach einer Mitteilung des Ministeriums des Aeußeren die französische und belgische Regierung in Frankreich und Belgien die internierten deutschen Zivilgefangenen gleichzeitig freilassen werden.

Die Ratifikation der Vereinigten Staaten.

Dz Amsterdam, 3. Nov. Laut Pressbüros Radio brachte Senator Lodge im Senat einen schriftlichen Antrag ein, daß der 12. November als Zeitpunkt für die endgültige Abstimmung über den Friedensvertrag von Versailles festgesetzt wird.

Wilson's Befinden verbessert.

Dz Haag, 2. Nov. Der Nieuwe Courant berichtet: Wilson verließ das Krankenbett und begrüßte kurz das belgische Königspaar.

Bergarbeiterstreik in Amerika.

Dz Amsterdam, 2. Nov. Nach einer Meldung der Evening News aus Newyork ist der Bergarbeiterstreik ausgebrochen. 500 000 Arbeiter legten die Arbeit nieder. Der Streik ist aber nicht allgemein. Nach einer weiteren Meldung aus Newyork schätzten die Arbeiterführer die Zahl der am Streik beteiligten Bergarbeiter auf 377 000 Mann.

Seine Kohlen aus Amerika.

Dz Amsterdam, 2. Nov. Der Telegraaf meldet aus Washington, daß Amerika die Kohlenausfuhr verboten habe.

Die Staatsbrüder für Beamte.

Dz Berlin, 2. Nov. Der Staatsanzeiger veröffentlicht ein Gesetz über eine einmalige Beschaffungsbefugnisse für Staatsbeamte, Volksschullehrpersonal, Lohnangehörige, Lohnempfänger, Ruhegelderempfänger und Hinterbliebene.

Schweres Eisenbahnunglück in Dänemark.

Dz Kopenhagen, 2. Nov. Gestern abend fuhr der Schneezug aus Kopenhagen vor Kopenhagen in einen Zug aus Kolumborg hinein. 5-6 Wagen und die Lokomotive stürzten die Böschung hinab und wurden zertrümmert. Die Zahl der Toten beträgt nach der bisherigen Feststellung 41, die der Verwundeten 30.

Die belegten Gebiete.

Handelsverkehr London-Köln. Nachschichten zufolge, die der Deutschen Allgemeinen Zeitung über Amsterdam zugehen, haben englische Fabrikanten beschlossen, den Handelsverkehr im besetzten Gebiet noch weiter auszuweiten, weil die dortigen Warenmengen sich leicht beschaffen ließen, wenn schnellere Transportmöglichkeiten geschaffen würden und durch Vermittlung englischer Banken den soliden Kaufleuten Kredite erteilt werden könnten. Einige Londoner Banken hätten dazu die Mitarbeit holländischer Bankhäuser gesucht, welche mit den Verhältnissen in Deutschland besser vertraut seien. In kurzer Zeit soll ein direkter täglicher Dampferverkehr von London nach Köln eingerichtet werden. Das Blatt weist darauf hin, daß in diesen Plänen eine Ausnutzung der günstigen Zollbedingungen zu erblicken sei, die Köln infolge des dort nicht zur Geltung kommenden Geldausgleichs gegenüber dem anliegenden Gebiet genießt.

Vermischte Nachrichten.

Scheintot. Ein Kraftwagenführer der Wasserfallhandelskommission fand im Grunewald bei Berlin eine 25 Jahre alte unbekannte Krankenschwester regungslos auf. Ein Arzt stellte den Tod durch Morphiumvergiftung fest. Sie wurde dann nach der Leichenhalle geschafft und eingeliegt. Als man am andern Tage den Sarg wieder öffnete, bemerkte man, daß die angebliche Tote atmete. Man brachte sie in die Krankenschwester, die 15 Stunden lebend im Sarge gelegen hatte, in ein Krankenhaus, wo sie bewußtlos dastand. Da am Hofe Extrapolationsmarken und Blutungen festgestellt wurden, liegt anscheinend ein Verbrechen vor.

Marianne.

Novelle von Fritz Ganger.

77 Ferner und ferner tönte das polternde Geräusch herüber nach der kleinen, stillen Straße. —
Run war es erstorben. —

8. Kapitel.

Zum zweiten Male wurde es Frühling, seitdem Marianne Geseuius das stille Haus Leberecht Jensens verlassen hatte. —

Für Freilinghausen, dieses seitab vom Berkehr liegende, durch landschaftliche Reize nicht interessante und daher wenig oder gar nicht besuchte, kaum bekannte Städtchen, hatten diese beiden Jahre keinerlei Veränderungen gebracht. Es war das gute, alte Freilinghausen geblieben. Die aus dem Süden heimgekehrten Schwaben beschränkten sich immer ihre Kreise um den Turm der alten Gertraudentirche und nisteten in seinem Gebälk und Mauerwerk. Deunten lag der Marktplatz still wie sonst, und zwischen seinen Steinen wucherten lustig die Graspüßel wie damals vor zwei Jahren, als Mariannens Fuß über ihn dahinschritt. —

Auch Leberecht Jensen war der alte geblieben, höchstens, daß die beiden Jahre sein Haar noch mehr mit silbernen Fäden durchspinnen hatten. Er entledigte sein tägliches Arbeitspensum mit alter, pedantischer Pünktlichkeit, ließ sich von Mole Lindauer tyrannisieren, wenn sie ihre Scheuertage hatte, und ging zweimal in der Woche zu Pastor Jakobsen, um die gewohnte Schachpartie zu spielen. —

Von Marianne Geseuius hatte man nichts wieder gehört. Leberecht Jensen und Mole mochten auch nichts mehr von ihr hören. Sie sprachen nie von ihr. Kaum, daß Mole sich ihrer mit wenig angenehmen Gefühlen erinnerte, wenn sie im Frühjahr die Gießelstube betrat, um neues Kampferbeuteln an das unbenutzte Bett zu denken, oder wenn sie Sonntags Pastor Jakobsens Predigt in St. Gertraudten hörte. Leberecht Jensen hatte Marianne ganz vergessen. Er hatte sich Mühe gegeben, das halbe Jahr, das sie in seinem Hause verlebte, aus dem Gedächtnis hinwegzuwischen. —

Wie ein Märchen aus längst vergangenen Zeiten klingt es, wenn die Weggerinnung von Wschaffenburg-Land freigebe Wurst- und Fleischpreise bekannt gibt. Es kosten das Rindfleisch 2,80 Mark, Kalbfleisch 2,20 Mk., Schweinefleisch 4,60 Mk., Hammelfleisch 2,30 Mk., Fleischwurst 2,00 Mk., Leberwurst 2,20 Mk., Schwarzmagen 2,20 Mk. und Blutwurst 1,40 Mark.

Theater und Musik.

Gesangswettstreit. Bei vielen Gesangsvereinen ist nun auch wieder das Bestreben die Gesangkunst in edlem Wettstreit zu fördern, erwacht. Einige Gesangsvereine haben bereits für 1920 Gesangswettstreite zu veranstalten beschlossen und es werden den Einladungen dazu Folge leisten. Man hat auch darum nachgehakt, den 1910 gestifteten Van der Preis für deutsche Männergesangsvereine, welcher unter sehr großer Beteiligung das erste Mal in Nieder-Jungelheim und das zweite Mal in Seligenstadt ausgefungen wurde, wieder zur Verfügung zu stellen. Bekanntlich darf derselbe nur für größere Gesangswettstreite bewilligt werden. Gesangsvereine, die Gesangswettstreite veranstalten wollen, und diesen Wanderpreis ihren eigenen Preisen voranzustellen den Wunsch haben, mögen sich darum an den Veranstalter des Wanderpreises, den Redakteur Albin Klein zu Gießen baldigst wenden.

Aus Provinz und Nachbargebieten.

!: Früher Winter. Die rauhe Luft am Samstag hieß schon nichts Gutes erwarten, und richtig zeigte auch am Sonntag früh harter Schneefall ein, der nach einer Pause am Tage abends wieder ganz gleichmäßig wiederkehrte. So hat sich denn eine stellenweise handhohe weiße Decke über Feld und Wald gelegt. In den Straßen freilich kann sich der Schnee noch nicht halten, und löst sich in einen üblen Matsch auf. Den Hausbesitzern erwächst die Pflicht, schnellstmöglich dafür zu sorgen, daß der Schnee oder vielmehr der Matsch von den Bürgersteigen herunter kommt. Denn leider verfügen ja die wenigsten Menschen noch über Schaufeln, das dem Schneewasser nicht widersteht, und so besteht in Verbindung mit der mangelhaften Heizmöglichkeit eine große Gefahr für Erkrankungen.

!: Brandach. 2. Nov. Nach der Monat Oktober blieb, wie seine Vorgänger trocken. Es fielen nur 28,9 Millim. Niederschlag. Das sind 55 Prozent des normalen. — Von 40 kriegsgefangenen Brauereibauern sind bis heute 21 zurückgekehrt.

!: Frankfurt a. M., 1. Nov. Nachdem in den letzten Tagen aus dem hiesigen Bahngelände ein Waggon mit Kaffee im Werte von 230 000 Mark, eine Ladung Kaffee, vier Ladungen Corned Beef, zwei Ladungen mit Kakao und eine Ladung mit Leder verschunden waren, die durch falsche Bezeichnung und Unterschleichen falscher Frachtbriefe nach Befestigung der echten nach kleineren Bahnhöfen an Helfershelfer oder Auftraggeber der Diebe verschoben worden waren, gelang es jetzt, eine Diebesbande beim Plündern eines verschobenen Wagens mit Leder im Werte von rund einer Million Mark zu verhaften. Das Haupt der Bande war ein vielfach vorbestrafter ehemaliger Wirt. Ferner gehörten ihr drei frühere Angehörige des Marineversicherungsdienstes an. Weiter wurden eine Anzahl Eisenbahnangestellte in der Sache verhaftet.

Aus dem Unterlahnfreise.

!: Kreisbauernschaft. Die Versammlung der Ausschüsse der Gemeindebauernschaften, die am gestrigen Sonntag in Oberhof zur Gründung der Kreisbauernschaft stattfinden sollte, mußte wegen der Eisenbahnsperrre obgesetzt werden. Wie wir hören, soll die Versammlung bald an einem Verlage abgehalten werden, worüber wir dann Näheres mitteilen werden. Da die landwirtschaftlichen Arbeiten nicht mehr so drängen, so wird gehofft, daß auch an einem Werktag eine der Bedeutung der Landwirtschaft in unserem Kreise entsprechende Versammlung stattfinden kann.

!: Kreisverband für Handwerk und Gewerbe. Die auf gestern andererseits Jahresversammlung konnte nicht stattfinden. Schreinermeister Müller teilte mit, daß durch die Verkehrssperre des Sonntags die beiden Redner nicht erscheinen konnten. Er betonte das sehr, in Anbetracht der großen Beteiligung und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Versammlung in den nächsten Tagen des Abends stattfinden, und ebenso eine große Beteiligung anweist. Die große Beteiligung ist ein Zeichen der Zeit, und ein Beweis, daß der Gewerbetreibende

Eine stille Erinnerung bewahrte ihr nur Pastor Jakobsen. Er hatte überwunden, was einst in jener stillen Nachtstunde so mächtig in seiner Seele wogte, und gedachte der Verschiedenen als einer teuren Toten mit leiser Sehnsucht, die nichts begehrt.

Einmal, bald nach dem Weggange Mariannens aus Freilinghausen, brachte er beim Schachspiel das Gespräch auf sie. Als er aber sah, daß Jensen nicht geneigt war, darauf einzugehen, sondern schnell von etwas anderem sprach, unterließ er es, je wieder daran zu rühren.

So blieb nur das stille Gedenten. Und das vermochten auch die Jahre nicht hinwegzunehmen; denn es erhielt immer neue Nahrung.

Dort, wo Martin Jakobsen Marianne an jenem Frühlingstage in der Kirche sitzen sah, ihr Haupt mit der vollen Hoarkrone umponnen vom Sonnengolde wie mit einem Glorienschimmer, sah er sie an jedem Sonntage, bei jeder gottesdienstlichen Handlung im Geiste.

Und nicht nur das.

Marianne selbst war gegangen, aber ihr Bild war in Freilinghausen geblieben — in St. Gertraudten. Das Gesicht der Mutter Gottes auf dem Bilde, das eine Nachahmung der Sittinischen Madonna war, und an dem hans Koerber auch an dem Tage gearbeitet hatte, als er sich mit Marianne verlobte, — trug unverkennbar Mariannens Züge.

Hans Koerber hatte dieses Bild bis auf die Ausführung des Gesichtes unvollendet gelassen und eine neue Arbeit begonnen. Erstaunten Fragen Jakobsens, warum er dies tue, war er ausgewichen.

Und als er gegangen war, fand Jakobsen auch dieses Bild vollendet. Und die nun auf ihn herabschauende Mutter Gottes hatte Zug um Zug Mariannens Gesicht. Niht das herbe, hochmütige Gesicht mit dem spöttlichen Lächeln um den Mund und dem kühlen, gleichgültigen Blick in den Augen, sondern ein Anlig, das verklärt war von der Begeisterung für die Kunst, das in der Weichheit seiner Linien ihre volle, süße Schönheit zeigte.

Jakobsen wußte nicht, ob er Hans Koerber verurteilen müsse, daß er der Mutter des Weilerlöfers die Gesichtszüge einer Gottfremden gegeben, oder ob er ihm — dankbar sein sollte, weil er ihm wenigstens Mariannens Bild gelassen.

Es war wohl mehr uneingestandener Dank als Zürnen in ihm. Denn Martin Jakobsen sah nach dem Scheiden

mannecke keine spätere Interessenlosigkeit aufgegeben hat und gewillt ist, teilzunehmen und mitzuarbeiten an der Befundung des Gesamthandwerks und Geverbes, denn nur durch vereinte Kraft kann etwas Ersprießliches geleistet werden. Schreinermeister Müller nahm dann noch die Bestellung für das angefragte Leinwand entgegen.

Aus Bad Ems und Umgegend.

! Das Postamt ergänzt seine Mitteilung über die Dienststunden in Telefon- und Telegrafendirekte am Samstag dahin, daß der angegebene beschränkte Dienst nur für die Sonn- und Feiertage gilt. An den Werktagen bleibt er wie bisher.

! Hohenhausen-Kino. Das Programm am gestrigen Sonntag zeigte u. a. „Lucis Badereie“. Dieser Film führte uns mitten hinein in das Gebiet eines Seebades und erzählte besonders durch die Eifer- und Tobsuchtsanfalle eines Kapitäns, der einen „Strandräuber“ bei seiner Brandt überraschte, einen großen Lacherfolg. Der zweite Film: „Das verhängnisvolle Andenken“, schildert ein glückliches Familienleben, das durch Eifersucht gestört wird. Der Film hat noch eine Fortsetzung, die natürlich nur verhänglich sein wird, wenn man diesen Anfang sah. Dasselbe Programm gelangt am Montag abend nochmals zur Aufführung.

Aus Nassau und Umgegend.

! Singhofen, 2. Nov. Unsere Einwohnerzahl, die in früheren Jahren immer etwas über 1100, bezw. vor dem Kriege noch 1060 betrug, ist jetzt, nach der letzten Volkszählung am 8. 10., auf 1036 heruntergegangen. — Unsere beiden Lehrer Mehl und Schabarum und nunmehr aus französisches bezw. englischer Gefangenschaft glücklich zurückgekehrt, was sowohl im allgemeinen, als auch im Interesse der Schule sehr begrüßt wird. Nun wird wohl auch der Gesangsverein „Concordia“ und der Evangel. Kirchenchor nach den langen Kriegsjahren wieder zu neuem Leben erwachen.

! Volkshilf, 2. Nov. Unser langjähriger Bürgermeister Müller, der sein Amt beinahe 20 Jahre lang zum Wohle der Gemeinde und zur allgemeinen Zufriedenheit verwaltet, hat sein Amt nunmehr aus besonderen Gründen, die wohl in den jetzigen Verhältnissen zu suchen sein dürften, niedergelegt, was allgemein bedauert wird. Es wäre sehr zu wünschen, wenn Bürgermeister Müller seinen Entschluß wieder rückgängig machte. Er wäre des Dankes des größten Teiles der hiesigen Bewohner gewiß.

! Zusammenschluß der Kriegsbeschädigten. Am Sonntag wurde unter zahlreicher Beteiligung die Ortsgruppe Nassau, des Kriegsbeschädigten-Verbandes, „Wirtschaftliche Vereinigung Kriegsbeschädigter und Hinterbliebenen“ mit Genehmigung der französischen Militärbehörde gegründet. Kamerad Müller von Nassau begrüßte die Erschienenen und eröffnete die Versammlung. Postdirektor Langenberg Bad Ems sprach über die Notwendigkeit des Verbandes, Zweck und Ziele desselben sowie über die Verbandszeitung und Verteilung der Lenden-dorff-Spende und betonte, daß Nassau in dankenswerter Weise am meisten, im Verhältnis auf Kopfzahl gespendet habe. Der Redner verlas auch das Arbeitsprogramm des zuständigen Zentralverbandes und wies hin auf das Entgegenkommen der Eisenbahndirektion in Form von einem referierten Eisenbahntarif für Schwerbeschädigte. Er forderte unter anderem auch die volle wirtschaftliche Gleichstellung der Kriegsbeschädigten. Der Redner dankte dem Bürgermeister Hasenleber von Nassau, der die bisher entstandenen Unkosten zwecks Gründung der Ortsgruppe Nassau in dankenswerter Weise erstatten wird. Über den Nutzen des Verbandes sprach Kamerad Beck-Bad Ems und gab auf vielseitige Anfragen Auskunft. Er wies dabei darauf hin, daß der Verband politisch und konfessionell neutral sei. Bürgermeister Hasenleber dankte für die Einladung und bekundete seine aufrichtige Freude über die Zwecke des Verbandes. Er betonte das schlechte Sammelergebnis in der Stadt Nassau für eine Stiftung zur Unterstützung der Nassauer Beschädigten und Hinterbliebenen und betonte, daß nur die Eisenbahnteil und milderbemittelte Bürger Beiträge gestiftet hätten. Danach wurde der Vorstand in folgender Zusammensetzung gewählt: 1. Vorsitzender Rechtsanwalt Gies, Nassau, 2. Vorf. Lehrer Müller-Nassau, 1. Schriftführer Schlüsselfeld-Nassau, 2. Schriftführer Th. Meyer, 1. Kassierer Hoffmann-Nassau, 2. Kassierer Scheidelberg, Bestifter Ph. Schmidt-Sümburg, Müller-Nassau Ober-Nassau. Für

des jungen Künstlers in der ersten Zeit fast täglich eine stille Stunde in St. Gertraudens dämmerigem Raum und saute auf das Bild. —

Lange Tage noch wollte immer wieder das alte wilde Aufbegehren sein wundes Herz unter starke, gewalttätige Fäuste zwingen. Und das Schauen wurde ihm zur Qual. Dennoch ging er immer wieder, am liebsten während der letzten Nachmittagsstunden, die schon vom Frieden des Abends träumen, in das Gotteshaus. — Und allmählich schaute er sich ruhig, und in seine Seele kam ein stilles, wunschloses Erinnerung und ein durch bitteres Entämpfen gefestigter Friede.

Ob Leberecht Jensen und Mole auch Mariannens Bild sahen?

Jakobsen tat nichts, um sie darauf aufmerksam zu machen, sondern hütete sein Wissen wie ein Geheimnis. Er hätte das Bild schließlich nicht mehr missen mögen und gewöhnte sich daran, während seiner Predigt oft hinüberzuschauen. Und dann war es ihm stets, als rede er nicht zu seiner Gemeinde, die aufmerksam und andächtig zu ihm empor sah, sondern als spreche er einzig und allein zu einem Menschen, zu — Marianne Geseuius.

Ihr Bild spann feste Fäden zwischen Vergangenheit und Gegenwart und schuf ein unauslöschliches Erinnerung. Es wäre Martin Jakobsen nicht möglich gewesen, Marianne zu vergeffen, selbst wenn er es gewollt hätte. —

Aber er wollte auch nicht. —
Büngen war gegangen. Die Erde hatte im Schmuck junggrüner Ralen geprangt und sich die ersten Hedenrosen ins Haar gewunden. Nun stand das Trinktastfest vor der Tür.

Die Hast des geschäftigen Sonnabends ging schon dem beschaulichen Ausruhen entgegen und träumte bereits von dem Frieden des nächsten Tages. Jakobsen sah bei geöffnetem Fenster in seiner Studierstube und memorierte seine Predigt. Aber es ging heute nicht recht vorwärts. Seine Gedanken wollten nicht zusammenhalten und machten Seitenstöße über Seitenstöße. Schon hatte er das engbeschränkte Konzept mühsamlich von sich geschoben und war aufgestanden, um noch einen kurzen Spaziergang zu unternehmen, von dem er das Gesicht der nötigen Sammlung erhoffte, als seine Mutter zu ihm ins Zimmer trat und die eben eingelaufene Nachmittagspost auf den Schreibtisch legte. (Fortsetzung folgt.)

Sitzberichter: Vorsitzende: Frau Stark-Bergmann-Schönau, Beisitzerinnen: Frau Johanna Schaab-Sulzbach, Frau Eulich-Nassau und Frau Ansel-Nassau. Dankschreiben: Bürgermeister Seinenleber-Nassau. Postdirektor Langenberg sprach noch über die Bekämpfung des Schleichhandels. Der 1. Vorsitzende Notar Kies dankte dem Postdirektor Langenberg für die Beiträge zur Gründung der Ortsgruppe Nassau und schloß die Versammlung.

Ziele u. Wege des kirchlichen Verfassungswerkes.

Wie denken wir uns den Neubau unserer nassauischen evangelischen Landeskirche? Die meisten haben sich wohl noch gar keine oder nicht viel Gedanken darüber gemacht und meinen: das wollen wir dem kommenden Landeskirchentag überlassen. Solche Meinung ist irrig. Denn wenn die, er Neubau so gestaltet werden soll, daß sich alle Glieder unserer Kirche darin wohl fühlen — und das wünscht doch jeder —, dann darf die Arbeit daran nicht einzelnen wenigen überlassen bleiben, sondern alle mündigen Glieder müssen daran mitwirken, jeder nach seinen Gaben, aber alle mit lebhafter, brennender Teilnahme. Sie zu wecken, bzw. lebendig zu erhalten, ist der Zweck der folgenden Zeilen, die einen Vorschlag enthalten, wie etwa die künftige Verfassung unserer evangelischen Heimatkirche aussehen kann.

Zu der Besprechung der Frage sind bisher u. G. drei Wege begangen worden, die vermieden werden müssen, da sie nur verwirren und die Gefahr mit sich bringen, entweder Klüßchen zu schaffen oder unwichtige, an der eigentlichen Sache vorbeifahrende Kämpfe heraufzubeschwören: Die einen möchten möglichst geräuschlos möglichst viel vom Alten erhalten oder aber möglichst unvermerkt gewisse Neuerungen durchsetzen. Andere wollen im Gegenteil das Wert möglichst von großen Grundjahren aus anfangen. Das liegt im ganzen rationalen Zug einer breiten Strömung unserer Tage. So wichtig und notwendig nun Grundzüge und Ideen sind, die neue Kirche kann sich nicht auf ihnen allein aufbauen, sondern muß als Organismus wachsen, sich lebensvoll entwickeln. Der dritte Weg ist der, zu glauben, es müssen nun alle irgendwie vorhandenen Bedürfnisse und Wünsche bei dieser Gelegenheit mit erledigt werden.

Welche Tatsachen zwingen uns zum kirchlichen Neubau und bestimmen uns in der Art dieses Neubaus?

1. Der Träger der kirchlichen Souveränität, der summus episcopus, ist durch die Revolution beseitigt. Es handelt sich darum, einen neuen Träger dafür herzustellen.
2. Der Staat, der in der Landesversammlung den neuen Träger seiner Souveränität gefunden hat, will seine Verbindung mit der Kirche lösen, und zwar, wie es scheint, in freundschaftlich-positivem Sinne. Damit hat er selbstverständlich Interesse an der Gestaltung der evangelischen Landeskirchen, denen er ja bestimmte besondere Rechte einräumen will.
3. Die Arbeit an dem neuen Verfassungswerk geschieht in einer Zeit, die erfüllt ist von ganz bestimmten politischen Idealen und Vorstellungen. Es wird ganz unmöglich sein, das bei der Arbeit an der neuen Verfassung zu übersehen, wie man sich auch im übrigen zu diesen Idealen und Vorstellungen stellen mag.
4. Das evangelische Kirchenvolk will als solches in einer Volkskirche zusammenarbeiten. Von keiner Seite sind bisher wirklich ernsthaft andere Willensäußerungen bekannt geworden.
5. Endlich kämpft das Kirchenvolk in dem gleichen Augenblick, in dem es sich eine neue Verfassung gibt, um seinen inneren Bestand.

Unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte ergeben sich folgende Grundzüge einer künftigen kirchlichen Verfassung:

1. Die Souveränität der Volkskirche liegt beim Landeskirchentag. Alle Gewalt in der Kirche geht von ihm aus und kehrt immer wieder zu ihm zurück. Der Landeskirchentag leitet diese Souveränität ab von dem evangelischen Kirchenvolk des Gebietes, das ihn in Urwahlen herstellt. (Zu diesem Punkte ist hervorzuheben, daß der Schwerpunkt u. G. nicht, wie viele wollen, in der Einzelgemeinde liegt, — so gewiß deren Rechte und Selbständigkeit erweitert werden müssen —, sondern in der Gesamtheit der Glieder der betreffenden Landeskirche.)
2. Dieser dreite Unterbau des Daseins des Landeskirchentages erlaubt ihm, die Verwaltung der Güter der Landeskirche auf innerem und äußerem Gebiet in möglichst starke Hände zu legen (Parrer, Landespararre-Generalsuperintendent, Landeskirchenrat).
3. (Zu diesem Punkte ist zu bemerken, daß die starke Machtzuweisung an die verwaltenden und regierenden Organe, wie wir sie für richtig halten, nur dann möglich ist, wenn die letzte Souveränität in der Kirche immer wieder bei dem breitesten Wahlrecht des Kirchenvolkes liegt. Nur dann kann dieses so viel Macht aus der Hand nehmen und dabei doch das frohe Gefühl der Selbstverantwortung und des Selbstregimentes behalten. Beides gehört untrennlich zusammen: wirkliches Regiment und breitestes Wahlrecht.)
3. Neben dem hohen Gut des Evangeliums und seiner Geschichte verpflichtet seine Souveränität den Landeskirchentag vor allem dazu, die Minderheiten der Gemeinden und in den Gemeinden in seinen pflichtlichen Schutz zu nehmen. (Zu diesem Punkte ist zu beachten, daß solchen Minderheiten in den Gemeinden oder solchen Minderheitsgemeinden die Möglichkeit zu Gruppenbildungen innerhalb der Kirche gegeben werden kann, deren Urteil über bestimmte Dinge gutachtlich gehört werden muß. Aber das ist nur möglich, wenn der Landeskirchentag die letzte Souveränität fest in der Hand behält und seinerseits immer wieder aus breiter Urwahl durch das Kirchenvolk hervorsteht. Nur dann kann der Kampf um die Macht und Herrschaft der Mehrheit vermieden werden, der gerade in der Kirche vermieden werden muß.)
4. Die Gemeinden haben innerhalb der Landeskirche eine zwar nur abgeleitete, aber gegen früher anzudehnende Selbständigkeit. Sie wählen ihre Pararre aus dem vom Landeskirchentag bestimmten Wahlkreis unter Mitwirkung des Landespararres. Zur Wahrung ihrer besonderen wirtschaftlichen Interessen können sie sich zu Wirtschaftsverbänden zusammenschließen, die Anregungen geben können und vom Landeskirchentag gutachtlich gehört werden müssen. (Auch hier ist zu bemerken, daß die entscheidende Souveränität bei dem aus Urwahlen hervorgehenden Landeskirchentag verbleibt.)

Das wäre das Wichtigste, was in kurzen Zügen über den Neuaufbau unserer nassauischen evangelischen Landeskirche zu sagen wäre. Möchte es weitere Kreise zur Beschäftigung mit dieser wichtigen Frage anregen, daß sie ein selbständiges Urteil darüber gewinnen.

Bekanntmachungen der Stadt Bad Ems. Quartiermeldungen.

Die Ortskommandantur hat bestimmt: Die Quartierbillets vom Monat Oktober müssen spätestens am 5. November von den Vermietern an das Bürgermeistereiamt abgeliefert sein. Das Bürgermeistereiamt hat dem Vermieter neue Quartierbillets auszustellen und darf nur Quartierbillets annehmen, wenn der letzte Tag der Belegung angegeben ist oder das Datum des letzten Tages vom Monat. Quartierbillets, die am 5. November nicht vorgelegt sind, werden nicht mehr ausgehändigt. Vorstehendes wird veröffentlicht mit dem Bemerkten, daß außer den Quartierbillets auch die Wochenmeldungen abzugeben sind: die Quartierbillets sind in die Wochenmeldungen vorher einzutragen.

Bad Ems, den 1. November 1919. Der Magistrat
Kohlennot.

Mit Rücksicht auf die zu erwartende vollständig ungenügende Kohlenversorgung empfehlen wir unserer Einwohnerschaft dringend, ihren Bedarf an Brennmaterialien zunächst für den Winter nach Möglichkeit durch Holz einzudecken.

Bad Ems, den 1. November 1919. Der Magistrat
Verkauf von Gelberüben.

Die Besteller von Gelberüben können die Lieferheine im Laufe dieser Woche im Verbrauchsmittelamt abholen. Die Abgabe erfolgt vormittags 8-12 und nachmittags 2-5 Uhr im Spritzenhaus.

Bad Ems, den 3. November 1919. Verbrauchsmittelamt.
Pflanzt Obstbäume!

Die Besitzer von Grundstücken werden auf die Wichtigkeit der Anpflanzung von Obstbäumen, besonders auch von Nußbäumen aufmerksam gemacht. Infolge Durchführung der Konsolidation sind breite Feldwege angelegt worden: die anstehenden Grundstücke sind besonders zur Anpflanzung von Bäumen geeignet. Gerade in der jetzigen Zeit zeigt es sich, wie wichtig es ist, daß wir viel Obst im eigenen Lande ziehen. Es muß aber noch mehr Obst gezogen werden. Bemerkenswert wird noch, daß für die Verpflanzung größerer Grundstücke mit Obstbäumen auch Anerkennungen in Form von Geldbeträgen gegeben werden.

Bad Ems, den 3. Oktober 1919. Der Magistrat.
Freibau auf dem Schlachthof zu Bad Ems.

Heute Montag, den 3. d. Mts., Verkauf von Rindfleisch von 2-3 1/2 Uhr auf die Freibankieren Nr. 326-450.

Die Schlachthofverwaltung.
Gewerbliche Fortbildungsschule Ems.

Zur Erreichung der vorgeschriebenen Stundenzahl findet in den Monaten November und Dezember außer Mittwochs auch Montags von 5-7 Uhr Zeichenunterricht statt. 1. Unterrichtstag: Montag, 3. Nov. 5-7 Uhr.

Der Schulvorstand.
Buchenscheit! sowie alle andern Sorten Brennholz zu kaufen gesucht. Auch über ehne Pflanzen zum Selbstantrieb. [277] Gustav Nebelung, Frankfurt a. M., Wittelsbacherstr. 4, Telefon Hanfa 523.

Jimmalin
Schuhputz
in bewährter Güte!
Überall zu haben.

Existenz oder Neben-Einkommen

bieten wir rührigem Herrn oder Dame durch Übernahme unserer Allein-Vertretung für den dortigen Bezirk. Der Absatz unseres durch D. R. G. M. geschützten Spezial-Artikels ist spielend leicht, da mit demselben einem längst fühlbaren Bedürfnis sparsamer Hausfrauen und Mädchen abgeholfen wird, daher grösste Verdienstmöglichkeit. Branchenkenntnis nicht erforderlich. Kapital je nach Größe des Bezirkes Mk. 1-2000 nötig. Neuheiten - Verwertung und Vertrieb Steiner & Co. Frankfurt a. M., Hansahaus. 340

Zum Fussbodenanstrich! empfehle: Leinöl gekocht, rein, Harttrockenöl, Staubbindendes Fussbodenöl, Leinölersatz. 813] **Aug. Roth, Drogerie, Ems.**

Statt Karten.
Zu der am 4. November, 1 1/2 Uhr im Hotel Löwenstein stattfindenden **TRAUUNG** unserer Kinder laden wir alle Freunde und Bekannte ein.
Dr. Weingarten u. Frau. Adolf Levy.

Kupferne Kessel für alle Zwecke
Kupferne Kochgeschirre für Privat- u. Hotelküchen
in jeder Größe u. Ausführung zu billigsten Tagespreisen
Apparatebau für Brau- und Bronzerereien
Zentralheizungen.

G. Kemmerer, Bad Ems
Friedrichstr. 1,
Kupferschmiede und Apparatebau.
Vom 3. November ab sind meine Bürostunden durchgehend von 8 Uhr vormittags bis 4 nachmittags ohne Pause.
Samstags ist das Büro von 1 Uhr an geschlossen.
Justizrat Hertz, Bad Ems

Sie sparen Porto wenn Sie die **neuen Postkarten** im großen Format bestellen die in der

Druckerei Sommer Ems-D. mit und ohne Aufdruck in jeder Ausführung zu haben

Eine gebrauchte **Schneidermaschine** zu verkaufen. Koblenzstr. 26, Ems.

Schäb Preise für gebrauchte Möbel. Georg Faulhaber, Coblenz, Fierzingspaffengasse 5, Telefon 592. Karte genügt. [92]

National-Kontrollkasse für kleinere Detailgeschäfte geeignet. Org. der sofort ab Standort gesucht. Frh. Weiler, Esfurt, Wrenburgerstr. 77.

Badecinrichtung (Waschtanne u. Goshen), zweifache Poissierieren u. mittelgroßer Linoleum-Tappich zu verkaufen. 865
Römerstraße 33, Ems

Kauf und Verkauf geb. Möbel aller Art. Zahnstr. 21, Ems.

Stahlrohrmatraken für jede Größe nach Maß, Metallfäden, Posterschnitt, Jodermat. Eisenmöbelfabrik, Ems 1. 21.

Jünger, braver solider Mann, Ukrainer, wünscht weibl. **Heirat**
die Bekanntschaft eines braven Mädchens oder Witwe. Entgeltlose Angebote unter E. 401 an die Geschäftsstelle. 248

Kranke Frauen gebrauchen bei **Regelstörung** und **Störung** meine in den hartnäckigsten Fällen bewährten Spezial-Mittel. Vollst. ungeschädlich mit Garantierechnung, wenn alles nicht genossen, machen Sie noch einen Versuch, auch Sie werden mir stets dankbar sein. **Dieter, Versand G. Ahmling, Hamburg, Poststr. 21.**

Kaufe Möbel ganze Einrichtungen zum Höchstwert.
Heinrich Faulhaber, Coblenz, Mehlstr. 6. Telefon Nr. 1868.

Reines Schweinefleisch **Holl. Süß-Margarin** **Holl. Vollheringe** sowie **Rohebrüding** frisch eingeblasen. **M. Brantigan, Ems**

In den nächsten Tagen ein **Waggon Gelberüben** ein Ankauf mit und ohne gegeben. Chr. Gieseler, Ems

Lüchiges braves Mädchen oder **Stundenmädchen** guten Lohn gesucht. **Röh. Koblenzstr. 26, Ems**

Zuverlässiges Mädchen das im Haushalt arbeiten und lachen kann zum Eintritt gesucht. **Waggon Mädchen vorhanden.** **Otto Salzer, Ems**

1 tüchtiger Arbeiter gesucht. **G. Borngießer, Ems**

Küfer u. Tagelöhner finden dauernde Beschäftigung. **Farbwerk Beckmann, Ob. Koblentz**

Schlafzimmer-Einrichtung und verschiedene einzeln zu kaufen gesucht. **Ch. Gieseler, Ems**

Wohnung gesucht von alt. kinderl. Ehepaar. **Zimmer, Küche und Bad in ansehnl. S. 1. Ems. Auf. Mai 1920. Preis unter E. A. 67 an die Geschäftsstelle.**

Kleines Haus für sofort in Ems zu kaufen. **Gans Gieseler, Ems** [861] **Wahlstr. 4021**